

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3.— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 39 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 24. September 1932

Der Kampf um den Staat

Seit zwei Jahren ist der Kampf um die Führung bzw. Alleinbestimmung im Staat in ein akutes Stadium getreten. Die Reichstagswahl von 1930 brachte das Element, das den Staat im Sinne einer faschistischen Diktatur führen wollte, zahlenmäßig zu größerem Einfluß. Diese Zündung, zum großen Teil genährt von der Wirtschaftskrise, hat bewirkt, daß im Laufe der letzten zwei Jahre die politische Entwicklung in Deutschland eine scharf nach rechts neigende Biegung genommen hat. Ende Mai d. J. haben dann die Kreise um den Herrenklub die Dinge schneller geschaukelt, als die sich nationale Sozialisten nennenden Kreise gerechnet hatten. Im Rahmen dieser Darstellung kann es unterbleiben, auf die Ursachen und Beweggründe dieser geschichtlichen Entwicklung einzugehen.

Der Kampf um den Staat, um eine demokratisch-freiheitliche oder diktatorisch-einseitige Staatsführung kann bei seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen keine ausschließliche Angelegenheit politischer Parteien, Bewegungen oder Bündnisse sein; er greift notwendigerweise neben dem Lebenskreis des einzelnen auch maßgebend in das Wirkungsgebiet der wirtschaftlichen Organisationen ein. Die im Rahmen normaler Entwicklung nicht notwendige Befassung der Wirtschaftsorganisationen mit weiteren staatspolitischen Fragen wird in dem schnell rontierenden Gang der derzeitigen innerpolitischen Geschehnisse zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit. Die den ehemaligen Staatsuntertanen noch anhaftende natürliche Schwerfälligkeit macht es notwendig, immer wieder zu betonen, daß die Formen der Staatsführung bei der unlöslichen Verflechtung mit Wirtschafts- und Sozialpolitik von großer Bedeutung sind.

Seit Anfang Juni d. J. haben wir die Revolution von oben. Ihre stärksten Auswirkungen waren bis vor wenigen Tagen die Auflösung des Reichstages im Juni und die Umkehrung der staatlichen Gewalt in Preußen im Juli. Seit dem 12. September ist es die Auflösung des erst am 31. Juli vom Volke gewählten Parlamentes. Äußere Ursache zu diesem Vorgehen ist die Besorgnis der Reichsregierung um die Ablehnung der Notverordnung vom 4. September und die Entziehung des verfassungsmäßig notwendigen Vertrauens. Innerer Anlaß aber ist das Bestreben, das Volk von der Mitregierung im Staate loszulösen, es durch eine gewisse Gewöhnung gleichgültig zu machen und dann die Formen der Staatsführung — später vielleicht auch die Staatsform — so zu gestalten, wie es dem Gedankenkreis der industriellen, großbäuerlichen und großbürgerlichen Herrenschicht liegt.

Die Kostproben der Staatsauffassung dieser Kreise sind uns serviert in der Not- und Glendverordnung vom 14. Juni, in der Verordnung vom 6. Sept., die zu gleicher Zeit die selbständig wirtschaftenden Kreise mit öffentlichen Mitteln unterstützt, ihnen unerwartete Lohnzuschüsse macht und der arbeitenden Bevölkerung neue Einkommenseinbußen bringt. Daneben hat man sich eine Generalvollmacht beschafft, die die Auslöschung aller sozialen Bestimmungen und aller sozialen Einrichtungen ermöglicht, die zum gerechten Ausgleich für die wirtschaftlich abhängigen Volksschichten geschaffen waren. Der Rahmen für eine diktatorische Ausübung der Staatsgewalt, soweit sie soziale Fragen betrifft, ist geschaffen! Es ist eine tiefe Tragik, daß unter dem Namen des Feldmarschalls von Hindenburg das deutsche Volk trotz vierjährigem kraftvollem Waffengang am Ende erliegen mußte, es wäre eine noch größere Tragik, wenn nach 14jährigem Bemühen, von den Folgen dieses verlorenen Krieges loszukommen, unter dem 83jährigen greisen Reichspräsidenten der Kampf des deutschen Volkes wiederum ähnlich enden würde, weil die verantwortliche Staatsführung wie ehemals die wirtschaftliche Durchhaltekraft nicht genügend in Rechnung setzt und die politischen Empfindungen falsch beurteilt.

Gegen eine solche Entwicklung wehren wir uns.

Wir wehren uns dagegen mit dem ganzen heißen Gefühl unserer Vaterlandsliebe, mit dem heißen Gefühl für den Arbeiterstand, dessen vaterländisches Empfinden wir für den Eckstein des so notwendigen sozialen Staatsaufbaues halten, und den wir nicht dem hemmungslosen Radikalismus von Rechts- und Linksbolschewisten überlassen können. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird in den nächsten Wochen mit wichtigen Verlautbarungen an die Öffentlichkeit treten. Aufzumerken, in der richtigen Weise uns diese Gedanken zu eigen zu machen und sie auch andern zu übermitteln, das wird dann unsere Aufgabe sein.

Wir bekennen uns zur Reichsverfassung. Ob sie Mängel hat, spielt in diesem Fall keine Rolle. Mängel können auf dem ordnungsmäßigen Wege beseitigt werden. Trotz aller Beteuerungen der Reichsregierung stehen 90 Prozent des deutschen Volkes auf dem Standpunkt, daß, wenn vielleicht auch nicht die Form, so doch Sinn und Wille der Reichsverfassung von dieser Regierung nicht respektiert sind. Eine Verfassung ist ein Eckstein. Wir Angehörigen des Baugewerbes wissen am besten, welche Bedeutung dem Eckstein zukommt, Spielereien an Ecksteinen können zum Niederbruch des ganzen Gebäudes führen.

Es ist eine fürchterliche Tragik, es zeugt aber auch für Eigensinn und Rechthaberei, wenn eine Regierung in der Zeit der größten Krise der Welt, im politisch geschlagendsten Lande der Welt mit — unterstützen wir einmal — gutgemeinten wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen sich zu 90 Prozent der Bevölkerung in Gegensatz stellt und dann glaubt, für ihre Maßnahmen auf Erfolg rechnen zu können. Die Gefahr des falschen Einjases und damit des ganzen oder teilweise Verlustes öffentlicher Mittel, die noch größere Gefahr der Verwirtschaftung des staatspolitischen Gemeinschaftsempfindens kann nicht scharf genug aufgezeigt werden. Es scheint dem wirtschaftlich tätigen Staatsbürger geradezu unerträglich, wie solche Dinge gewagt werden können.

Sie sind nur unter Demaskierung der getarnten Ziele zu verstehen. Die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft, ihr Eintreten für die Rechte der unteren Volksschichten, stört den Erwerbstrieb bestimmter Kreise; noch mehr aber stört die Selbstförmigung der erwerbstätigen Volksschichten

Was wir heute in Weimar schufen und was wir heute erhalten wollen, ist das soziale Reich, ein gesamtdeutscher Volksstaat; föderalistisch in gutem Sinne, die Nation einig in ihren Stämmen. Man diskutiere uns nicht die weltgeschichtliche Tatsache hinweg, daß das deutsche Volk nach dem Verjagen der alten Machträger zur Selbstbestimmung aufgerufen war. Man übersehe nicht den soziologischen Säcularschritt, der in der Aufrufung des vierten Standes zum Mitträger der Staatsbürgerschaft liegt. Oder sollen die Millionen Arbeiter geknechtet und in Reichsfeindschaft gehalten werden? —

Wir wollen nun einmal keinen Klassenstaat. Etwas anderes als ein deutscher Volksstaat und das Bekenntnis zu ihm war 1919 auch ganz unmöglich. Das geben heute selbst die Gegner zu. Der Weg in die Zukunft geht nur hier. Konrad Beyorle.

durch die Gewerkschaften diejenigen Kreise, die es als ihr Vorrecht betrachten, Führer des Volkes zu sein.

Der Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschichten im Staat ist in ein akutes Stadium getreten. In der Wirtschaft war dieser Kampf formell zugunsten der Arbeitnehmerschaft entschieden. Gelingt es, den durch die Gewerkschaften verkörperten Einfluß der Arbeitnehmerschaft im Staat zu brechen, dann sind ihm auch in der Wirtschaft die Sehnen durchgeschnitten.

Die wirtschaftliche Not ist riesengroß. Die Sorge um das tägliche Stück Brot überragt leicht alle anderen Fragen. Daß wir die Gesamtsicht behalten, daß wir in den Vorgängen der letzten Zeit die Erdbeftrebungen sehen, dafür dürfen uns persönliche Nöte nicht den Blick verschleiern. Die christliche Arbeiterbewegung will Volksgemeinschaft. Alle sollen für alle mitbesorgt sein! Im Kampf um die Führung im Staat will sie die gleichberechtigte und gleichverantwortliche Anteilnahme aller Volksschichten, damit es auch dem Arbeiter besser gehe, damit die gemeinsame Last wie der Ertrag der gemeinsamen Arbeit gerecht verteilt werde. Freiheit und Mitverantwortung aller Gutgesinnten sind aber die Voraussetzungen für einen nach außen und innen kräftigen, erfolgssicheren Volksstaat.

Der D. G. B. lehnt Papens Methoden ab

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt zur Auflösung des Reichstages folgende Verlautbarung:

Ohne zu dem Streit um die verfassungsrechtliche Bedeutung der letzten Beschlüsse des Reichstages Stellung zu nehmen, unterzeichnen wir mit Nachdruck das Abstimmungsergebnis, weil in ihm mit aller Deutlichkeit die Verurteilung der volksfeindlichen Notverordnungs politik der Reichsregierung sichtbar geworden ist. Wir haben die gegenwärtige Regierung von Anbeginn immer wieder gewarnt, sich in ihren wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen von einem einseitigen Kastengeist leiten zu lassen und die Volksrechte zu mißachten. Gerade die letzten Notverordnungen sind aber in einer besonders traffen Weise auf die Bevorzugung einer an Zahl geringen Bevölkerungsschicht abgestellt. Eine Reichsregierung, die mit besonderer Betonung den Klassenkampf ablehnt und sich zu christlichen Grundföhlen bekennt, fördert in Wirklichkeit die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen, indem sie einer bevorzugten Schicht Liebesgaben gewährt und auf der anderen Seite einer durch Steuern, Lasten und Lohnabbau bereits ausgezogenen Arbeitnehmerschaft neue Opfer zumutet.

Wir wiederholen unsere Erklärung, die wir sofort nach Bekanntwerden des Wirtschaftsplanes der Reichsregierung abgegeben haben, daß wir nämlich in dem Ziel der Wiederbeschäftigung eines möglichst großen Teiles der Arbeitslosen mit der Regierung selbstverständlich einig

sind. Aber durch den Inhalt ihrer Notverordnungen hat die Reichsregierung das Ziel der Wirtschaftsankurbelung selbst wieder in Gefahr gebracht. Eine wirtschaftliche Belebung könnte nur unter friedlichen innerpolitischen Zuständen gedeihen; deshalb verurteilen wir die ohne zwingende Notwendigkeit herbeigeführte Auflösung des Reichstages, die das deutsche Volk in neue Unruhe versetzt und durch die Gehässigkeit erneuter Wahlkämpfe die Bildung einer, auch wirtschaftlich unerläßlichen Vertrauens atmosphere verhindert.

Als einen durch nichts gerechtfertigten Angriff auf ihre Rechte empfinden die Arbeitnehmer die Ermächtigung, die sich die Reichsregierung selbst gegeben hat, durch Zwangseingriffe das ganze Gefüge des sozialen Rechtes und der Sozialversicherung zu ändern. Wir halten unverändert an dem Gedanken der Selbstverwaltung fest, weil aus ihm allein ein gesunder, sozialer Aufbau entwickelt werden kann. Soziale Reformen können nur mit der freien Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer selbst geschaffenen Organisationen durchgeführt werden. Den bürokratischen Zwangseingriff lehnen wir ab.

Gegenüber einer Reichsregierung, die ohne Verbindung mit dem Volke selbstherrlich die sozialen Verhältnisse zu gestalten versucht, bekennen wir uns erneut zu einer Politik der Volksrechte und der gesunden Selbstverwaltung; Kastengeist und Bürokratie müssen die Glieder des deutschen Volkes auseinanderregieren, statt unser Volk für seine großen nationalen Aufgaben zu einen.

Zur Frage der Zinsenkung

Zu den Fragen, die heute in der Öffentlichkeit, nicht nur in der wirtschaftlich direkt interessierten, am meisten und am höchsten erörtert werden, gehört das Problem einer möglichen Zinsenkung. Tatsächlich kommt ihm für das Schicksal unserer Wirtschaft in näherer Zukunft allerhöchste Bedeutung zu.

Nun ist eben vom Institut für Konjunkturforschung eine Veröffentlichung erschienen, die das zahlenmäßige Grundmaterial für die Beurteilung der Frage in aller Klarheit ausbreitet. Daraus ergibt sich eine deutsche Gesamtverschuldung von zirka 93,6 Milliarden Mark, eine fast unvorstellbare Summe, für die insgesamt jährlich 6,2 Milliarden Mark Zinsen aufzubringen sind.

Die Hauptanteile an der Verschuldung tragen (nach der Zahlengröße geordnet) der Hausbesitz mit fast 28 Milliarden, — Industrie, Handel und Verkehr mit 26,36 Milliarden, — öffentliche Körperschaften haben reichlich 22 Milliarden aufgenommen, — die Landwirtschaft ist mit 11,77 Milliarden beteiligt.

Die Zinsen, zum beträchtlichen Teile durch Regierungsmaßnahmen bereits gesenkt, schwanken zwischen 5,4 vom Hundert im Durchschnitt beim Hausbesitz, (die Hauszinssteuer wirkt sich sehr günstig aus), 7,2 Prozent bei der Landwirtschaft, und gar 8 vom Hundert Durchschnittszinsen bei Handel, Verkehr und Industrie, wo die kurzfristigen teuren Kredite den Satz nach oben drücken.

Hätte die Entwicklung der deutschen Wirtschaft die Hoffnungen, die man eine Zeitlang mit Berechtigung in sie setzen durfte, erfüllt, so hätte sie ihre Zinshypothek wohl mit Mühe ertragen können, trotz der hohen Zinssätze, die im Druck der Not bewilligt werden mußten, und trotz der schwerwiegenden Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der Anleihen nicht zur wirtschaftlichen Fruchtbringung aufgenommen worden ist, sondern als Kriegsbekämpfung, die für unsere Wirtschaft tot blieb, da sie ins Ausland zurückfloß. Nun aber hat der furchtbare Todeshauch der Krise uns einen Teil der Wirtschaft nach dem andern stillgelegt, aber obwohl der wirtschaftliche Atem immer schwächer wird, soll doch der Alp der Zinslast unverändert gleich bleiben. Mit eindringlicher Deutlichkeit ergibt sich ein furchtbares Bild, wenn man die Höhe der Zinslast im Verhältnis zum Volkseinkommen betrachtet. Sie betrug 1928 „nur“ 8,4 Prozent, machte 1929 schon 9,5 vom Hundert aus, stieg 1930 auf rund 10 Hundertteile, und 1931 erreichte sie die Höhe von nicht weniger als 13,8 Prozent, und das, nachdem im Inland der Zinssatz merklich gesenkt worden ist. Die Zinslast ist im Verhältnis zum Volkseinkommen untragbar geworden.

Ganz besonders verschärft wird die Lage dadurch, daß von den 6,2 Milliarden Zinsen nicht weniger als jährlich 1200 Millionen ins Ausland fließen, abgesehen von der noch bestehenden nominellen Reparationslast. Die fünf Milliarden Inlandszinsen wirken zwar auch böse drohend auf den wirtschaftlichen Kreislauf, aber sie kehren doch wenigstens an anderer Stelle als Einnahme wieder. Die 1200 Millionen aber, die wir dem Ausland zu unverändert hohem Zinssatz zahlen müssen, müssen normalerweise aus Uberschüssen gedeckt werden, die jedoch nicht erarbeitet werden können, da so große Teile des Wirtschaftsapparates stillliegen. Werden diese Summen trotzdem auch in Zukunft rückwärtslos eingetrieben, so muß sehr bald unsere Gesamtwirtschaft verroteln.

Solch Schicksal aber darf nicht zur Wahrheit werden, nicht nur, weil zuviel auf dem Spiele steht, sondern vor allem aus, weil Recht und Gerechtigkeit, Rücksicht auf den Lebenswillen eines der größten Völker, zuletzt auch das Eigenwohl der Gläubiger eine gesunde Lösung verlangen. Um den letzten Punkt nur kurz zu streifen, sei darauf hingewiesen, daß es niemals klug ist, wenn der Gläubiger alles oder nichts erstrebt, wo er weiß, daß das „alles“ eine Unmöglichkeit ist. Dann bleibe ihm zum Schluß eben das Nichts, während er bei Geduld und Mäßigung einigermaßen zu seinen Ansprüchen käme.

Der entscheidende Punkt aber liegt anderswo. Nicht das geschriebene, doch das wahre, natürliche Recht verlangt eine Herabminderung der Zinslast. Was sind denn Zinsen? Zinsen sind der Kaufpreis für Kapital, mit dem man normalerweise höhere Erträge herauswirtschaften will. Einen Teil der Auslandszinsen aber bezahlen wir für Gelder, die der Wirtschaft nie zugute gekommen, die gleich wieder als Reparationen zurückgeflossen sind. Außerdem sind schon seit langem die Zinsen unter dem Durchschnitt der Not viel zu hoch angelegt worden. Endlich — und das ist das Wichtigste — sind alle Preise in der gesamten Welt als unmittelbare Folge der Krise, — denn so muß eine Krise immer wirken, — in sich Kraft zu neuem Anstieg zu finden, — ganz gewaltig gesunken, zum Teil auf einen Bruchteil. Die Höhe der Zinsen, die doch auch nur Kaufpreis sind, soll untröstlich als einzige Ausnahme stabil bleiben, d. h. im Realwert noch viel höher geschätzt werden, als sie schon sind. In diesem Widerstand beruht einer der Hauptgründe dafür, daß die Wirtschaft nicht wie sonst in normalen Jahren die Kraft findet, sich aus der Krise zu erheben, daß es im Gegenteil stets schlimmer wird. Die Gerechtigkeit verlangt eine Herabminderung der Zinslasten.

Ein solches Federn kann gegen jede künstliche Regulierung der Wirtschaft, also auch des Zinssatzes, angebracht werden. Die Wirtschaft hat ihre natürliche Ordnung und ihre natürlichen Gesetze, nach ihnen muß

sie sich entwickeln, muß sie auch selber ihre Genesung finden. Dies Bedenken fällt aber in diesem Falle in sich zusammen, da die papierne Fessel der Zinsabmachungen es ja eben ist, die eine naturhafte Entwicklung der Wirtschaft unterbindet. Ein künstliches Hemmnis muß weggeräumt werden. Der normale Zinssatz liegt etwa auf der halben Höhe, und seine Uebersteigerung ist seinerzeit nicht durch Risiko, sondern durch künstlich herbeigeführten Druck, unter Ausnutzung unserer Notlage, erreicht worden. Ein organisches, gemeinames Handeln würde eine solche Gewalt haben, daß private Widerstände von vornherein zusammenbrechen müßten, daß im Gegenteil das internationale wirtschaftliche Vertrauen eine sehr große Stärkung erfahren, gefunden könnte.

Der Hebel zur Herabsetzung der Last könnte entweder beim Kapital oder beim Zinsendienst angelegt werden. Das Kapital wiederum könnte man entweder nominal herabsetzen, oder umgekehrt es entwerten. Aber der Hebel beim Kapital ist in jedem Falle recht brüchig. Setzt man die Schuldenlasten einmalig nominal herab, so schafft man allgemeine Bestürzung, lat neues Mißtrauen, verübt sicher hier und da Ungerechtigkeit. Warum werden dann nur die betroffenen, die gegeben haben, aber nicht die, die wieder geben werden? Dies Verfahren ist nur bei Einmaligkeiten, wie bei Kriegsverpflichtungen, ratsam. Nominal setzt man Kriegs-, nicht Wirtschaftsschulden herab. — Entwertet man aber das Kapital, so beschreitet man noch einen viel verhängnisvolleren Weg, den zur Inflation. Darüber brauchen wir in Deutschland mit unserer traurigen Erfahrung kein Wort mehr zu verlieren.

bleibt demnach nur übrig, den Hebel am Zinssatz anzusetzen, eine großzügige Zinsenkung vorzunehmen. Damit wird ein künstlich verfälschter Normalstand wiederhergestellt, nur ungerechte Bereicherung wird beschnitten, eine neue Zukunft wird verheißungsvoll angebahnt, denn das Vertrauen in die Erfüllungskraft der Wirtschaft kehrt wieder. So kann dann die Wirtschaft Kräfte zur Gesundung sammeln und sich wieder aufraffen.

Viel Zeit ist verstrichen. Gewiß, jede Ernte muß reif werden. Aber die Zeit des Schnittes ist kurz, und darum muß in ihr entschlossen und tatkräftig gehandelt werden. —ck.

Die Wirtschaftskrise im Saargebiet

Nach vor den Toren des industriell hochentwickeltesten Saarbeckens hat die mit materieller und seelischer Not verbundene Weltwirtschaftskrise keinen Halt gemacht. Die Wirtschaftszahlen des Statistischen Amtes des Saargebietes vermitteln ein anschauliches Bild vom jeweiligen Stand des wirtschaftlichen Lebens. Die vom Völkerverbund bestellte Regierungskommission hätte allen Grund, die von den arbeitgeber- und arbeitnehmerzeitigen Vertretern der saarländischen Wirtschaft wiederholt vorgeschlagenen Maßnahmen finanz- und arbeitsmarktpolitischer Natur schnellstens zu verwirklichen, um die saarländische Wirtschaft vor weiteren Schädigungen zu bewahren.

Während im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 die geförderte Kohlenmenge 1.104.400 t betrug, wurden im Mai 1931 nur noch 948.728 t und im Mai 1932 nur noch 846.465 t gefördert. Im Jahre 1913 hat man im allgemeinen überhaupt keine Halbenbestände gefannt, während der Halbenbestand im Mai 1931 436.788 t und im Mai 1932 513.456 t, also über eine halbe Mill. Tonnen betrug. Auch die Kohleproduktion des Bergbaues ist gegenüber dem Jahre 1913 monatlich um rund 4000 t zurückgegangen. Dagegen ist die Produktion an Roheisen gegenüber dem Jahre 1913 um monatlich rund 10.000 t gestiegen, während die Koksproduktion im Monatsdurchschnitt um 40.000 t gefallen ist. Die Koksproduktion hat sich mengenmäßig gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 gehalten. Die Erzeugung von Thomasstahl blieb in den letzten Jahren gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 monatlich um rund 44.000 t zurück. Analog dieser abfallenden Wirtschaftserzeugung ist auch die Zahl der im Güterverkehr benötigten Wagen gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1931 um rund 15 Prozent zurückgegangen. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 dürfte der Rückgang noch erheblich größer sein.

Die Preise für die Berg- und Hüttenprodukte sind seit dem Jahre 1913 teils gestiegen, teils gefallen. Die Tonne Förderkohle kostete im Jahre 1913 ab Grube 72 Frs. (umgerechnet), im Juni 1932 dagegen 112 Frs. Hüttenstahl kostete im Jahre 1913 111 Frs., im Juni 1932 170 Frs. pro Tonne ab Wert. Für eine Tonne Eisenträger wurden im Jahre 1913 660 Frs. und im Juni 1932 nur 550 Frs. bezahlt. Auch andere Hüttenprodukte sind im Preise gegenüber dem Jahre 1913 gefallen. Diese Preisentwertung steht unter dem Einfluß der französischen Konkurrenz.

Der Gesamtlebenshaltungsindex ist seit dem Vergleichsjahre 1913 von 100 auf 547 Punkte im Juni 1932 gestiegen, während er für 72 lebenswichtige Waren in derselben Zeit von 100 auf 529 Punkte stieg.

Die Bevölkerungszahl betrug im Mai 1931 809.055 und im Mai 1932 818.439 Köpfe. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Durchschnitt des Jahres 1931

141.598 und die der Angestellten 18.225. Im Juni 1932 dagegen nur noch 121.459 Arbeiter und 17.884 Angestellte. Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen gemeldeten Arbeitslosen betrug im Durchschnitt des Jahres 1931 20.963 oder 13,12 Prozent der Beschäftigten, während sie bis Juni 1932 auf 40.188 oder auf 29,05 Prozent der Beschäftigten gestiegen ist. Im April 1932 betrug die gemeldete Zahl der Arbeitslosen sogar 44.883 oder rund 35 Prozent der Beschäftigten.

Die Hinweise auf den Rückgang der Gütererzeugung im Bergbau und in der Hüttenindustrie sind notwendig, weil diese beiden Industrien im Saargebiet mit zu den Hauptauftraggebern für das Baugewerbe gehört haben. Das Bohl- und Webe des Baugewerbes im Saargebiet ist also stärkstens von der wirtschaftlichen Entwicklung dieser beiden Hauptindustrien abhängig.

Die Zahl der vollendeten Gebäude und Wohnungen wird vom Statistischen Amt des Saargebietes erst seit Januar 1932 erfaßt. Zuverlässige Vergleichsmöglichkeiten mit dem Jahre 1913 bestehen deshalb nicht. Die augenblickliche Lage des saarländischen Baumarcktes muß als katastrophal bezeichnet werden. Kapitalmangel, hohe Zinsen und untragbare Bedingungen für Baudarlehen, ländhaft hohe Anschluß- und Straßenbaukosten und Gebühren, eine sprichwörtliche Latenlosigkeit der Regierungskommission auf dem Gebiete der Förderung des Wohnungsbaues, haben im saarländischen Baugewerbe eine Lage geschaffen, die zu den größten Befürchtungen berechtigt. Augenblicklich und seit 1 1/2 Jahren sind im Durchschnitt höchstens 15 Prozent der einheimischen Bauarbeiter beschäftigt, während bis vor zwei Jahren einige Tausend Bauarbeiter aus den Randgebieten im Saargebiet dauernd beschäftigt waren.

Der französische Staat besitzt in der Regierungskommission den größten Einfluß. Während die Kohlenhalde des Saargebietes voll sind und ständig weiter wachsen, hat der französische Staat mit seinem polnischen Verbündeten einen Handelsvertrag abgeschlossen, der Polen berechtigt, neben dem bisherigen Kontingent bis auf weiteres monatlich 100.000 t Kohle an Frankreich zu liefern.

Die Regierungskommission macht seit einigen Wochen den Versuch, auf dem Wege von Steuererhöhungen auf der einen und Kürzungen der Löhne, Renten und Erwerbslosenunterstützungen auf der anderen Seite der sinkenden Wirtschaftsentwicklung Einhalt zu gebieten. Alle diese Versuche werden erfolglos bleiben, weil sie notwendigerweise zu einer weiteren Schrumpfung des Konsums führen werden.

Für die Arbeiterschaft ergeben sich bestimmte Aufgaben und Pflichten, die sie aber nur erfüllen kann, wenn sie auf der ganzen Linie zu einem Auf- und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen übergeht. Nur durch die organisierte Kraft wird es gelingen, die Regierungskommission zu einer Aenderung ihres Kurzes zu veranlassen. Märgler und opfergier Menschen werden ewig Sklaven bleiben. Nur freitheitliebende, opferbereite und kampfschlossene Arbeiter werden in der Lage sein, auf die Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zukunft ihres Volkes den ihnen gebührenden Einfluß auszuüben. Das gilt allerwärts, also auch im Saargebiet. G. M a u r e t.

Erschütternde Zahlen

Der Einzelfall wirtschaftlicher Not wird wohl bedauert, seine Verallgemeinerung aber aus sozialer Bequemlichkeit gern abgelehnt. Die heutige Not der Arbeiterschaft ist aber so allgemein, daß mit sozialen Verteuerungen — siehe Reichsanzler von Papen — und unsozialen Handlungen oder Unterlassungen dem Uebel nicht gesteuert werden kann. Wir haben im Bereich des Verbandsbezirkes Münster rund 2000 Fragebogen an unsere Arbeitslosen herausgegeben. Die Fragen gehen darauf hinaus, festzustellen, wieviel dem einzelnen Familienangehörigen pro Tag zur Bekleidung seines Lebensunterhalts zur Verfügung steht. Die nachstehenden Ergebnisse aus 200 Fragebogen, die nicht „ausgesucht“, sondern nach der laufenden Nummer bearbeitet wurden, ergeben ein erschreckendes Bild.

Es trifft auf den Kopf pro Tag

in 50 Familien ein Betrag zwischen 0 und 10 Pf.	
„ 24 „ „ „ „ 11 „ 20 „	
„ 40 „ „ „ „ 21 „ 30 „	
„ 42 „ „ „ „ 31 „ 40 „	
„ 14 „ „ „ „ 41 „ 50 „	
„ 30 „ „ von mehr als 50, aber höchstens 80 „	

Der Thermometerstand der wirtschaftlichen Not ist in seinen Einzelgraden, wo die Not in den unteren Gruppen am Gefrierpunkt des Lebens steht, nicht aufgezeigt. Die Zusammenfassungen sind von 10 zu 10 Pf. Notverbraucher erfolgt. Für die unteren Gruppen bleibt ein Betrag, der nicht einmal den Kauf des trockenen Brotes ermöglicht. Der größte Teil der Berichtenden ist über den Leidensweg der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bereits bei den Fürsorgeeinrichtungen angelangt; man kann ermaßen, wie es dann mit der Bekleidung und anderem Lebensbedarf aussieht. Der Volksgeundheit drohen größte Gefahren. Die Arbeitskraft der Ermöglichten muß erlahmen, die Jugend steht vor einer düsteren Zukunft. Die oben in ihrem Einkommen zergliedernden 200 Familien haben zusammen 332 Kinder, davon 157 von 1 bis 6 Jahren, und 175 zwischen 6 und 14 Jahren. Die Sozialregel ist, daß, je größer die Fa-

milie, um so geringer das Einkommen pro Kopf und Tag. Die Sorge um die Beschaffung des täglichen Brotes bringt die Mutter zur Verzweiflung. Betteln und Stehlen sind zwei Auswege, die man nicht empfehlen kann, die aber die Not unter Umständen entschuldbar macht. Die Folgen für den Charakter und den für später so notwendigen blanken Lebenslauf sind zu ermessen. Für die Verantwortlichen in Reich, Staat und Wirtschaft lautet die Frage: Können solche Schädigungen der Volksgesundheit und die Gefahren der sittlichen Auswirkungen noch weiter verantwortet werden? Mit den Papenschen Notverordnungen werden sie nicht behoben, nur vergrößert. Umstellung der Regierungsmaßnahmen auf das wirkliche Leben, Behauptung des gewerkschaftlichen Selbsthilfswillens bieten allein die Aussicht für eine Veränderung zum Besseren. B. St.

Wie Fleiß und Strebbarkeit bestraft wird

Es ist schon sehr oft darauf hingewiesen worden, daß durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 die Arbeitslosen in ländlichen Gebieten ganz besonders hart getroffen wurden. Dabei kann aber überhaupt nicht scharf genug herudorgehoben werden, daß hierdurch der bessere Teil der Arbeiterschaft, nämlich die Vorwärtstrebenden, noch einmal besonders belastet werden. An einem Beispiel sei gezeigt, wie es heute einem Arbeiter geht, der in besseren Zeiten alles getan hat, um weiterzukommen:

Der Maurer B. aus S., dessen Familie aus neun Köpfen besteht (sieben Kinder unter 14 Jahren), hätte auf Grund seines bisherigen Verdienstes eine wöchentliche Unterstützung von 19,20 RM. zu beanspruchen. Er hat sich aber vor einigen Jahren ein Haus gebaut, welches heute schuldenfrei ist und hat sich dazu ein Stück Land gepachtet, das er in seiner Freizeit mit seiner Frau bearbeitet hat, um seine große Familie besser ernähren zu können. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen wird ihm nun das Einkommen aus diesem Besitz in Höhe von 5,85 RM. angerechnet, so daß seine wöchentliche Unterstützung noch 13,35 RM. beträgt. Ist schon dieser hohe Abzug mit dem dauernden Geschrei über die Unrentabilität des Hausbesitzes und der Landwirtschaft nicht gut in Einklang zu bringen, so wird die Lage des Arbeitslosen noch bedeutend schlechter, wenn man die Belastungen, die ihm durch sein Eigentum entstehen, mit in Rechnung stellt. So hat auch B. besondere Lasten zu tragen, und zwar folgende:

- 1. Steuern, Umlage usw. im Jahre 1932 . . . 110,95 RM.
- 2. Pachtzins pro Jahr 90,— RM.
- 3. Saatgut, Dünger usw. (gering gerechnet) . . . 50,— RM.
- 4. Für Instandhaltung des Hauses 30,— RM.

Summe der unbedingt notwendigen Barausgaben 280,95 RM.
An Unterstützung erhält B. in 52 Wochen . . . 694,20 RM.
Es verbleiben ihm also noch 413,25 RM.,
also für die Woche 7,95 RM., für den Tag 1,14 RM., und pro Kopf und Tag ganze 12 Pf.

Selbst wenn B. in der Lage wäre, die für seine Familie notwendigen Nahrungsmittel zu ziehen, müßte die Unterstützung als unzureichend bezeichnet werden. So aber muß er den größten Teil derselben kaufen und ist daher nicht in der Lage, seinen Angehörigen das notwendige Essen zu geben.
Daß so nicht weiter gewirtschaftet werden kann, müßte jedem einsichtigen Menschen klar sein. Alle Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter werden in kurzer Zeit vernichtet sein, wenn auf diesem Wege weitergeschritten wird. Es ist empörend, wenn immer wieder festgestellt wird, wie Industrie und Landwirtschaft dauernd vom Staat mit großen Beträgen unter die Arme gegriffen wird, während die Unterstützung des Arbeitslosen so gesetzt ist, daß er in kurzer Zeit alles verliert, was er in besseren Zeiten durch schier übermenschliche Anstrengungen erworben hat. Erwünscht wäre, wenn die Väter dieser Unterstützungsfälle, deren Gehälter in den meisten Fällen im Monat wohl höher sind als die jährliche Unterstützung eines Arbeitslosen, einmal vorrechnen oder noch besser vorleben müßten, wie man mit solchen Unterstützungen am Verhungern vorbeikommen kann. Joh. Beil.

Soll den Menschen das Arbeiten vereinfacht werden?

Die katastrophale Lage am Baumarkt wirkt sich besonders in dem Abwanderungsgebiet des Eichsfeldes aus. Tausende unserer Kollegen sind nun bald zwei Jahre zur Untätigkeit verurteilt. Anerkennenswerterweise wird von manchen Gemeinden im Zusammenwirken mit den staatlichen Behörden alles versucht, um wenigstens etwas Arbeitsgelegenheit zu schaffen und so die Not in etwa zu lindern. Bei diesen Bestrebungen ergeben sich allerdings Begleitumstände, die die Bejahung durch die Arbeiterschaft in das Gegenteil verkehren können. Nach neuerem Recht hat das Arbeitsamt das Recht, bei Notstandsarbeiten einen anderen als den jeweiligen Tarifvertrag in Anwendung zu bringen. Nun fallen bekanntlich fast ausnahmslos die Notstandsarbeiten unter den Tarif für das Baugewerbe und zwar unter Tiefbau. Im Eichsfelde stehen die Löhne besonders niedrig. In den Kreisen Heiligenstadt und Mühlhausen (Vertragsgebiet Thüringen), beträgt der Tiefbauarbeiter-

Am 24. Sept. 1932 ist der neununddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

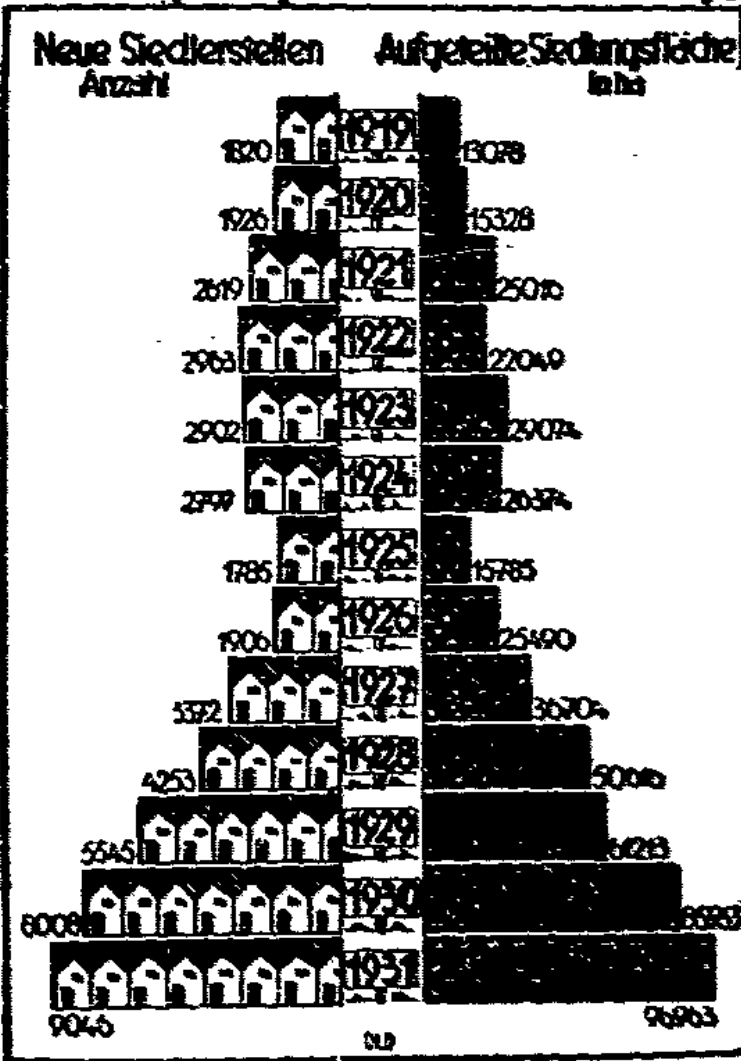
lohn pro Stunde in den ländlichen Orten zum Teil 47 und 51 Pfennig. Gewiß ein Lohn, bei dem keine Reichtümer zu erwerben sind. Eigenartigerweise müssen wir aber feststellen, daß das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland in Erfurt diese Löhne nicht zu kennen scheint, oder nicht kennen will. Sollten sie ihm etwa noch zu hoch sein? Denn nur so kann man es ausdeuten, wenn von dieser Stelle für Notstandsarbeiten, also mit staatlichem Zuschuß geförderte Arbeiten, ein Stundenlohn von sage und schreibe 40 Pfennig bei vierzigstündiger Arbeitszeit festgesetzt wird. Solche Löhne sind gemeldet aus Vieldenriede (Kr. Mühlhausen), Uder und Reinholterode (Kreis Heiligenstadt). Auch im Kreise Worbis, wo der Tariflohn 50 Pfennig beträgt, wird uns aus Bernterode ein „Regierungs“lohn von 40 Pfennig gemeldet. Auch dort vierzigstündige Arbeitszeit. Das ergibt einen Bruttowochenlohn von 16.— RM., nach Abzug der Versicherungsbeiträge bleiben netto zirka 14.— RM. Staatliche Behörden geben somit das böse Beispiel, daß der Ertrag für Arbeitsleistung unter den schon geringen Richtsätzen der Wohlfahrtsämter liegt. Ist das nun Absicht oder Unkenntnis?

Zur Erläuterung ein Beispiel. Unser Kollege G. aus B. im Kreise Worbis hat Frau und sechs Kinder. Die Richtsätze betragen dort für ein Ehepaar 40,50 RM., für ein Kind unter 15 Jahren 6,75 RM. und für ein Kind über 15 Jahren 13,50 RM. pro Monat. Damit wird der Kreis Worbis an der untersten Grenze der Richtsätze liegen. Der Kollege G. bekam nun nach der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit pro Woche noch eine Unterstützung in Höhe von 17.— RM., gewiß nicht zuviel für acht Personen. Jetzt wurde er der Notstandsarbeit überwiesen und verdient somit pro Woche 3.— RM. weniger, als ihm nach den Sätzen der Wohlfahrt zum Leben zusteht. Der Kollege muß arbeiten und muß außerdem noch den Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellen. Will man mit so unzulänglichen Lohnfestsetzungen die

Siedlungstätigkeit — ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit

Zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die landwirtschaftliche Siedlung ein wichtiges, allerdings langsam wirkendes Mittel. Denn es ist praktisch unmöglich, Hunderttausende oder gar Millionen von Menschen als Landwirte auf eigenem Grund und Boden in kurzer Zeit anzusehen. Arbeiter aus der Industrie müssen doch zuerst umgeschult werden, und ohne diese Vorbereitung können nur Landarbeiter und Bauernlöhne auf den Siedlerstellen angelegt werden. Das Bild zeigt, daß es in den letzten Jahren möglich war, immer mehr Siedlerstellen zu schaffen. Es ist eine maßlose Uebertreibung, zu behaupten, daß alle Siedler, die in der Nachkriegszeit angelegt seien, schon längst „pleite“ seien. Es ist selbstverständlich, daß die landwirtschaftliche Krise mit dem großen Preissturz für Agrarprodukte natürlich auch die Siedler besonders schwer traf, weil diese ja besonders mit Krediten arbeiten mußten. So fehlte es nicht an Zusammenbrüchen, aber im großen und ganzen wurde durch eine wesentliche Beschleunigung der Siedlungsverfahren

Siedlungstätigkeit nach dem Kriege



und eine planmäßige Verbilligung der Banken eine Siedlungsmethode gefunden, die trotz der Agrarkrise mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden kann. Die Maßnahmen der Regierung werden dafür Sorge tragen, daß im laufenden Jahre noch mehr Siedlerstellen als bisher geschaffen werden können.

Löhne der Bauarbeiter noch weiter drücken, oder will man die Richtsätze noch weiter quetschen? Beides ist unmoralisch und wirkt sozial verbitternd. Wir haben dem Landesarbeitsamt Beschwerde eingereicht. Hoffentlich wird man derselben Gehör schenken.

Unseren Eichsfelder Kollegen möchte ich bei dieser Gelegenheit zurufen: Werdet wach Kollegen! Bekümmert euch mehr um die Gemeindeangelegenheiten. Es ist nicht genug, daß Arbeit geschaffen wird, sondern es geht auch um die Frage, ob die Arbeit den Lebensunterhalt gewährleistet. Daher in allen Gemeinden, wo ein Arbeitsprogramm bearbeitet wird, dahin arbeiten, daß als Lohn unser Tariflohn in Ansatz kommt. Nachträgliches Monieren, wenn die Ortsvorsteher andersgeartete Anträge an das Landesarbeitsamt gestellt haben, können die eigene vorherige Unterlassung selten wieder gut machen. Von den staatlichen Behörden und Aufsichtsstellen müssen wir verlangen, daß einer unzweifelhaften Entwertung der Arbeitsfreude und einer sehr zweifelhaften Verwendung der Geldmittel durch weitfrühtigere Maßnahmen begegnet wird. W.

Rundschau

Soziale Mahnungen des Katholikentages

In der Zeit vom 1. bis 4. September d. J. fand in der Großstadt Essen, im Herzen der deutschen Schwerindustrie, die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken statt. Schon das Thema des diesjährigen Katholikentages, welches lautete „Christus in der Großstadt“, ließ seinen sozialen Charakter erkennen. Dieses kam dann auch in den Vorträgen, die von einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten gehalten wurden, recht deutlich zum Ausdruck. War doch schon die Wahl des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, zum Präsidenten der Generalversammlung eine Gewähr dafür, daß die soziale Mission der deutschen katholischen Arbeiterschaft recht scharf und deutlich herausgestellt wurde. In seiner Eröffnungsrede bedurfte es nicht allzu vieler Worte, um sofort in Uebereinstimmung mit dem Gesamthema zu den konkreten Fragen des Alltages vorzutreten. Otte sprach von der sozialen Mission des deutschen Katholizismus, von den durch Klassenkampf zerrissenen Völkern, von dem Hereinbruch der gewaltigen Wirtschaftskrise und der vom Zusammenbruch bedrohten Umwelt. Der deutsche Katholizismus hat, so sagte er, in Staat und Wirtschaft als konkrete Forderung anzumelden: Christliche Grundätze und christliche Staatsauffassung müssen wieder Einkehr halten, die Wirtschaft hat sich dem Menschen unterzuordnen und nicht der Mensch unter die Wirtschaft. Recht deutlich klang auch die Ablehnung der von der Regierung gebrauchten Formulierung über den „Wohlfahrtsstaat“ heraus. Er lehnte sie mit den Worten ab: „Wir müssen dieses als im Widerspruch zur christlichen Sozialauffassung stehend empfinden.“

Von den übrigen Rednern des Katholikentages möchten wir noch besonders den ehemaligen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hervorheben. Dr. Brauns sprach über „Christi Auferstehung in der Großstadt“. Es war wohl kaum ein anderer als Dr. Brauns dazu berufen, über Katholizismus, Sozialpolitik, Wirtschaft und Wirtschaftskrise zu reden, er, der ein Jahrzehnt an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums gestanden hat und die Nachkriegsentwicklung in der deutschen Sozial-, Siedlungs- und Wirtschaftspolitik an hervorragender Stelle mit erlebte. Brauns warf die Frage auf: werden wir der Großstadtnot Herr werden? Der absolute Individualismus ist entthront, überlebt ist auch die Konstruktion der Wirtschaft nach altem Rezept. Die Krise sei verschlimmert durch die maßlose Mechanisierung der Gütererzeugung, ohne daß für den Absatz und die Verbilligung gesorgt wurde. Der Grundsatz, daß nur die „Rentabilität für den Betrieb“ in Frage komme und alle anderen Fragen ins Arbeits- und Wohlfahrtsministerium fallen, lehnte er mit der Bemerkung ab, daß diese Denkweise die Wirtschaft zum Selbstzweck macht, wobei der Mensch verkümmern müsse.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient auch die große Jugendkundgebung — 40 000 Beteiligte — am Sonntag, dem 4. September. Sie stand unter dem Motto „Die Jugend der Bote der Großstadt“. Ein wichtiges soziales Bekenntnis der in den Ständesvereinen zusammengefaßten Arbeiter fand am gleichen Tage auf dem Burgplatz statt.

Eine Fülle von Anregungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist gegeben. Wir wollen hoffen, daß sie recht bald ihre Verwirklichung in der Tat finden.

Wogegen nichts notverordnet wird

Die Wirtschaftskatastrophe der letzten Jahre haben bewiesen, daß durch Konzernbildungen und verschleierte Wirtschaftseinheiten Schiebung und Unredlichkeiten in geradezu erschreckender Weise begünstigt werden. Der an sich berechtigte Gedanke der Unterbindung der Schmutzkonkurrenz wird überwuchert von Machenschaften, die, wenn auch nur teilweise vom Strafrecht erfassbar, dem gesunden sittlichen Empfinden widerstreben. In der deutschen Zementindustrie werden seit Jahren Quotenkämpfe ausgetragen, bei denen die Leidtragenden die arbeitslos werdenden Arbeiter in den stillgelegten Zementwerken, die mitbetroffenen Gemeinden und schließlich auch die mit übersteuerten Preisen bedachten Bauherren sind. Das alte System, Auslandslieferungen mit niedrigeren Preisen auf Kosten der inländischen Arbeitnehmerschaft zu finanzieren, findet auch hier Wiederholung. Die deutschen Zementpreise liegen trotz wesentlich günstigerer technischer Vorbedingungen auch heute noch 30 Prozent über den Vorkriegspreisen. Trotzdem liefert man nach Holland zu Preisen, die ein Drittel der deutschen Inlandsforderungen betragen. Nach Preisermeldungen soll die Ursache dieser Manipulationen in Konkurrenzkämpfen deutscher, holländischer und belgischer Zementfabrikanten liegen.

7. deutsche Verbraucherwoche

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, veranstaltete in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober d. J. die 7. deutsche Verbraucherwoche. Die Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes werden in dieser Zeit nach einheitlichem Plane eine intensive Aufklärungs- und Werbearbeit entfalten. Die diesjährige Verbraucherwoche steht unter dem Leitgedanken „Schafft Recht durch Selbsthilfe“. Gegenüber den Angriffen auf die Konsumgenossenschaften, die mit der Verschärfung der Wirtschaftsfrieje immer mehr zugenommen haben, soll die Verbraucherwoche das Recht und den Willen der Verbraucher-schaft zur genossenschaftlichen Selbsthilfe herausstellen. Die Konsumgenossenschaften wehren sich gegen die Vernichtung der Kaufkraft, in der sie das stärkste Hindernis für eine Ueberwindung der Krise sehen, und rufen zum planmäßigen Einsatz der in der Verbraucherschicht schlummernden Kräfte auf zwecks Neuordnung der Wirtschaft auf sozialer Grundlage.

Tarifnachrichten

Städtegewerbe.

Nach langen Verhandlungen über den Lohnsatz für städtegewerbliche Arbeiten im Amtsbezirk Mannheim und Ludwigshafen mit Vororten wurde von den beiderseitigen Tarifparteien der Schlichter ermächtigt eine bindende Entscheidung zu treffen. Dieser letzte die Tarife für die Zeit vom 15. September 1932 bis 31. März 1933 wie folgt fest:

	Ortsklasse				
	I	II	III	IV	
1. Gipser und Stuckateure	100	98	90	83	79 Kpf.
2. Junggelesen nach beendigter dreijähriger Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung im					
1. Gesellenjahr 80 %	80	78	72	66	63
2. " 85 %	85	83	77	71	67
3. " 90 %	90	88	81	75	71
Löhne der Vollarbeiter unter 1.					
3. Hilfsarbeiter über 20 Jahre mit über viermonatlicher Tätigkeit im Baugewerbe	76	75	71	66	64
4. Hilfsarbeiter über 20 Jahre mit noch nicht viermonatlicher Tätigkeit im Baugewerbe	68	68	64	59	58
5. Jugendliche Hilfsarbeiter mit über viermonatlicher Tätigkeit im Baugewerbe im Alter von 16-17 Jahren	34	34	32	30	29
17-18 "	46	45	43	40	38
18-19 "	57	56	53	50	48
19-20 "	68	68	64	59	58
6. Jugendliche Hilfsarbeiter mit noch nicht viermonatlicher Tätigkeit im Baugewerbe im					
Alter von 16-17 Jahren	31	31	29	27	26
17-18 "	41	41	39	36	34
18-19 "	51	50	48	45	43
19-20 "	61	61	58	53	52
7. Lehrlinge im 1. Halbjahr	14	14	13	12	12
2. "	18	18	17	16	15
3. "	23	23	22	20	19
4. "	32	32	30	28	27
5. "	37	36	34	32	31
6. "	46	45	43	40	39

In Zuschlägen werden gezahlt für Ueberstunden 20 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent, für Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen 50 Prozent. Bei auswärtigem Wohnen werden die Mehraufwendungen einchl. der Sonn- und gesetzlichen Feiertage vergütet, und zwar erhalten Ledige 2 RM, Verheiratete 2,50 RM pro Tag.

Aus dem Verbandsleben

Melle. Unsere Verwaltungsstelle konnte am 7. August ihr 25jähriges Bestehen feiern. Neben den Kollegen und ihren Frauen waren auch die Kollegen Stähler, Mänker, Willmann, Osnabrück und Papp, Osnabrück, letzterer als Gründer unserer Verwaltungsstelle, sowie die Vorstände der Bruderverbände am Orte erschienen. Ihnen allen, insbesondere den Jubilaren mit ihren Frauen entbot der Vorsitzende herzliche Grüße. Bezirksleiter Stähler leitete die Wünsche des Hauptverbandes und des Bezirkes in herzliche Worte und besprach Aufgaben und Ziele des Verbandes, besonders in Würdigung der heutigen Verhältnisse. Er dankte den Jubilaren für ihre gewerkschaftliche Treue und mahnte die Jugend, in ihrem Sinne das Geschaffene weiter auszubauen. Den Jubilaren Ferdinand Bockette, David Bockette, Mathias Brodmeier, Fritz Baumert, Johann Heiling, Fritz Thöle, Heinrich Warling, Joseph Schloßer, Heinrich Gewerich wurde die Ehrenurkunde des Hauptverbandes und die silberne Nadel überreicht. Die Jugendabteilung Osnabrück gab wohlbedachte Musikvorträge. Kollege Stöppelkamp trug Fieder zur Laute vor und sorgte für heitere Stimmung. Kollege Willmann, Osnabrück, ließ gern gehörte Erinnerungen aus dem Gründungsjahr 1907 wieder aufleben und knüpfte daran agitatorische Mahnungen für die Zukunft. Allen Kollegen wird die einfache und doch herzliche Feier in guter Erinnerung bleiben.

Berlin. Unsere Vertretungskonferenz fand am 31. August recht zahlreich zu einer Vertretungskonferenz zusammen. Die Versammlung, die vom Jugend-

führer der Verwaltungsstelle Berlin geleitet wurde, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Kollege Weber sprach einen Nachruf für unseren am gleichen Tage verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Wiedeburg. Die Mitglieder erhoben sich von den Plätzen und stehend gelobten sie, dem verstorbenen Führer die Treue zu halten. Anschließend folgte ein Vortrag des Kollegen Eudenhach über die augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die einzelnen Maßnahmen der Regierung Papen sind so offensichtlich gegen die Arbeiterschaft eingestellt, daß sie ungewollt für uns eine Mahnung zu stärkstem Zusammenhalten in der Gewerkschaft werden. Der gesunde, strebende Geist der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird über die soziale Verneinung siegen. Das war der Sinn unserer Versammlung.

Die Kollegen seien wiederum daran erinnert, daß unsere Verwaltungsstellensammlungen regelmäßig am letzten Freitag im Monat, diesmal am 30. September, abends 8 Uhr, Köpenicker Straße 62, stattfinden. Mi-4.

Nachen. In einer am 31. August stattgefundenen Versammlung konnte unser Vorsitzender Kollege Angenendt vier Jubilare mit ihren Angehörigen und eine stattliche Anzahl Kollegen mit ihren Frauen begrüßen. Nach einigen, von jungen Freunden aus der Wertjugend vorgetragenen Musikstücken, hielt Kollege Himmerich die Festrede. Er zog Vergleiche zwischen der Gründungszeit unseres Verbandes und der Jetztzeit. Damals mußten schwere Kämpfe geführt werden um die Anerkennung und den Aufstieg der Arbeiterschaft. Auch unsere Jubilare haben 1907/17 Wochen als Glieder der Bauarbeiterchaft Nachens in einem solchen Kampf erfolgreich mitgetan. Heute wird wieder von allen Seiten versucht, die Lebensrechte der Arbeiterschaft zu beschneiden und die Gleichberechtigung zu verneinen. Die Notverordnungen der Regierung Papen sind der beste Beweis. Die christliche Arbeiterschaft hat erlebt, daß die Rechte der Arbeiterschaft in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre gute Wahrung finden. Ebenso wie in der Vergangenheit wird auch in Zukunft der christliche Bauarbeiterverband alles daran setzen, um die Rechte der Bauarbeiter zu wahren. Mag es auch unter der gewaltigen Wirtschaftskrise schwer sein, das Erreichte voll und ganz durchzuhalten, die Zeit wird aber kommen, wo wir wieder durch die Gewerkschaftsbewegung den Aufstieg der Arbeiterschaft erleben. Kollege Himmerich dankte den Jubilaren für ihre Treue zum Verbandsverband und forderte die jüngeren Kollegen auf, in die Fußstapfen der alten einzutreten. Hierauf überreichte er den Jubilaren Hubert Bergheim, Nam Feder, Robert Michaelis und Ferdinand Mertens die Ehrenurkunde und Silbernadel. Kollege Bergheim dankte im Namen der Jubilare. Kollege Banderstein überbrachte die Glückwünsche der Verwaltungsstelle. Nach verschiedenen Musikvorträgen und Vorträgen in Nachener Mundart schloß die erhebende Feier.

Der wirtschaftliche und soziale Widerstand der Notverordnungen vom 14. Juni wurde in den Mitgliederversammlungen in Kommerz, Glien, Magdlos (Kreis Juba) am 3. und 4. September besonders augenscheinlich. Kollege Gerbig, Frankfurt a. M., besprach Inhalt und Wirkung der Notverordnung vom 14. Juni. Er knüpfte daran die Schlussfolgerung, daß nach diesem sozialen Umsturz der gewerkschaftliche Zusammenschluß stärker als jeher zur bitteren Notwendigkeit im Interesse der Selbsterhaltung wird. Die anschließende Aussprache befaßte sich mit den aus der Hilfsbedürftigkeitsprüfung sich ergebenden Wirkungen. Die Verpflichtung zur Beitragszahlung und das außerordentlich kurzfristige Anrecht auf Unterstützung für sechs Wochen sind zwei rechtlich ungleiche Gegenstände. Das spätere Angewiesensein auf die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit führt zu Ungerechtigkeiten und sozialen Zuständen schlimmster Art. Sätze von 3, 4 und 5 Mark in der Woche, sofern überhaupt etwas zugeht, sind nicht ausreichend. Zinsen und Steuern können hiervon nicht gezahlt werden. Die gerichtliche Beitreibung ist dann die Folge, zugleich aber auch die Unterdrückung eines Anrechtes. Sparsamkeit wird bestraft, denn wer sich durch jahrelanges Sparen und Eigenarbeit ein Häuschen errichtet, oder ein bestehendes Stückchen Land erworben hat und dort erneut Aufwendungen an Körperkraft und Geld macht, wird dafür als nicht hilfsbedürftig gestempelt. Die Zuerkennung der Hilfsbedürftigkeit unterstellt den Arbeitslosen einer manchmal recht einseitigen Denkwiese von Einzelpersonen. Sie bringt auch in vielen Fällen sozial und rechtliche denkende Bürgermeister in innere Konflikte. Die gut verlaufenden Beratungen forderten daß die derzeitigen Unterstützungsformen und ihre Voraussetzungen unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen verbessert werden. — Des Ablebens unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeburg, wurde in besonderen Trauerakten gedacht. Durch Treue zur Organisation und Werbearbeit werden wir in keinem Sinne wirken und damit zugleich für unsere Zukunft sorgen.

Mannheim. Die Sitzung unseres erweiterten Verwaltungsvorstandes am 4. September hatte einen sehr guten Verlauf. Mit ergreifenden Worten gedachte Kollege Heinrich des Hinscheidens unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Wiedeburg. Die Verwaltungsstelle Mannheim wird unserm leider so früh verstorbenen 1. Vorsitzenden ein treues Andenken bewahren. — Kollege Bell nahm dann kritisch zur Lohnbewegung im Baugewerbe im Jahre 1932 Stellung. Er glaubte einen Erfolg darin zu sehen, daß es gelungen sei, die schlimmsten Forderungen der Arbeitgeber abzuweisen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der neuen Lohnsätze durchzusetzen. Befriedigen konnte diese Regelung nicht, jedoch darjten hier die großen Schwierigkeiten, die in der Hauptsache in der ungeheuren Wirtschaftskrise begründet seien, nicht verkannt werden. Er bedauerte, daß es bisher nicht gelungen sei, für das Baugewerbe der Platz und das Gipsergewerbe von Mannheim-Ludwigshafen zu einem Abstieg zu kommen, jedoch könne in beiden Fällen mit einer baldigen, endgültigen Regelung gerechnet werden. — Anschließend befaßte sich dann Kollege

Heurich eingehend mit dem Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Arbeitsbeschaffung sei das Gebot der Stunde, jedoch müsse hierbei besonders die Kaufkraft der breiten Massen die nötige Beachtung finden. Eine künstliche Steigerung der Produktion könne nur dann zur weiteren Aufrechterhaltung der Wirtschaft beitragen, wenn die Bevölkerung über die nötige Kaufkraft verfüge, um diese Waren kaufen zu können. Das Programm der Regierung scheine diese Dinge nicht genügend zu beachten. Es sei eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, hier einzugreifen und Experimente abzuwehren. Zum Schluß wurde noch die Jugend- und Winterarbeit der Verwaltungsstelle besprochen.

Hannover. Unsere in Hannover und Linden stattgefundenen Mitgliederversammlungen ehrten unseren leider zu früh verstorbenen 1. Vorsitzenden, Kollegen Josef Wiedeburg. Recht erhebend waren die Worte des Kollegen Edermann, der an die Lebenserinnerungen und des Verstorbenen als Führer und Kollegen gedachte. Hierbei tauchten Erinnerungen an das Jahr 1900 auf, wo Wiedeburg persönlich das Geld sammelte, um den Streit hier am Orte finanzieren zu können. Wir wollen in dieser ersten Zeit das Lebenswerk des Führers fortsetzen und nicht müde werden, das war unser Gelübnis. — Im Anschluß hieran wurde die Stellung des Reichspräsidenten nach der Reichsverfassung eingehend behandelt und festgestellt, daß die verankerten Rechte für diesen Posten eine ganze Person erfordern, die frei von allen politischen Bindungen sein muß. — Eingehend wurde über den freiwilligen Arbeitsdienst gesprochen. Die Versammelten lehnen deshalb ab, da immer mehr das Baugewerbe darunter leidet. Bei unserer Stadtrandseidlung ist es schon ein Pflichtarbeitsdienst geworden, soweit die Facharbeiter in Frage kommen. Wir müssen zurück zur alten Gewohnheit, sonst ist die Zeit des völligen Erliegens nicht mehr fern. — Die Unterstützungen haben einen Tiefstand erreicht, der nicht mehr zu tragen ist. Es muß Aufhebung der Notverordnung gefordert werden. Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Schwarzarbeit ist bei dieser großen Notlage nicht möglich, und trotzdem muß immer wieder gefordert werden, unterläßt die Schwarzarbeit, vor allem darf es nicht vorkommen, daß Arbeiten unter Tariflohn ausgeführt werden. Je größer die Anstrengungen der Gegner sind, um so geschlossener muß die Arbeiterschaft zusammenstehen. H. E.

Sterbetafel

Am 11. September starb unser Kollege Franz Junz an Magenkrebs im Alter von 53 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen. Verwaltungsstelle Menstein. Ehre seinem Andenken!

Die städtische Meisterschule für Bauhandwerker, Bamberg, beginnt mit den Vorbereitungsstunden zur Meisterprüfung am 2. November. Näheres siehe Anzeige.

Roman Groulich
Beitragsmarken
BERLIN NO43
Gollnowstraße 12

Städtische Meisterschule für Bauhandwerker Bamberg Austr. 17

(Staatl. unterstützte Schule.) Vorbereitung von Maurern und Zimmerern für die Meisterprüfung. Beginn: 2. November. Aufnahmebedingungen: 20 Jahre, 3 Jahre Gesellenzeit, Gesellenprüfung. Näheres durch Direktor W. Sachs, Schellenberger Straße 41.

Lesst den „Deutschen“!

Bauschule
Hoch und Tiefbau
Eisenbeton
Detmold 1

Alles billiger!
Werkzeuge gratis.
Bestallia Werkzeugcompany
Sagen i. Weich. 136.

Bauschule
Technikum Lemgo
staatlich anerkannt von Lippe

Architekten, Bauingenieure, Techniker
Baumeister-Kurse
Vorbereitung für die Meisterprüfung, 2 Sem.

Speziallabor für Berufsausbildung

Wega, Fab. f. Arbeitsanz. sämtl. Berufe. Spez. Blaue Maschinenbau sowie Maurer- u. Manch.-Anz. W. Fahr, Blm. N. 31, Brunnenstr. 73

Große Lager in 1a Mastertellen. Echte Feilholzwasserwaagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich alle Artikel anzuführen. Verlangen Sie bitte vor Auftragserteilung völlig un- ion? meine ermäßigte Preisliste.

Wons Mosberg, Bielefeld 5, Breite Straße 44

Radikaler Preisabbau!

Andere raden Wir beweisen durch unsere neuen Kataloge, Justierung, Kettenschnur, Spezial-Gewerkschaft Kassel 51

Kollegen, berüchtigt die Inferenten Curer „Baugewerkschaft“